Datum: 27.03.2025

Aargauer Zeitung

Aargauer Zeitung / Aarau-Lenzburg-Zofingen
5001 Aarau
058/ 200 58 58
https://www.aargauerzeitung.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages und Wochenendpresse
Auflage: 18'617
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 18
Fläche: 84'091 mm²

Aargauische Industrie- und Handelskammer

Auftrag: 3013554
Themen-Nr.: 272003
Referenz:
0a99ae96-3d82-4c3d-82f3-3d5c47987800
Ausschnitt Seite: 1/2

Print

«Ein klarer Bschiss, nichts anderes»

Philipp Zimmermann

Das Nein-Komitee zur Steuergesetzrevision lanciert seine Kampagne zur Abstimmung vom 18. Mai. Profitieren würden vor allem die Reichen.

Die Steuergesetzrevision soll Familien und Vermögende entlasten. Mit dieser Kernbotschaft warb der Regierungsrat für seine Vorlage – und der Grosse Rat nahm sie deutlich an. Die SP allerdings – mithilfe von Grünen und EVP – ergriff das Behördenreferendum. Das ist bei 30 Prozent der Stimmen im Kantonsparlament möglich. Damit kommt es am 18. Mai zur Aargauer Volksabstimmung.

Am Mittwoch hat das Nein-Komitee seine Kampagne «Nein zum Steuerbschiss» gestartet. Zum Komitee gehören nebst den drei Parteien auch Arbeit Aargau, der kantonale Dachverband der Arbeitnehmenden-Organisationen. Der Tenor beim Kampagnenstart vor den Medien im Aarauer Volkshaus war deutlich: Die Reichen profitieren und die breite Bevölkerung geht leer aus, wird aber mit höheren Kinderabzügen geködert.

Millionen am Mittelstand vorbeischmuggeln

«Diese Steuergesetzrevision ist nichts anderes als ein billiger Versuch, Millionen am Mittelstand vorbeizuschmuggeln hin zu den reichsten Menschen in diesem Kanton», ärgerte sich SP-Grossrätin Carol Demarmels. «Ein klarer Bschiss, nichts anderes.»

Die Revision solle Steuererleichterungen von rund 80 Millionen Franken bringen. Der Betrag soll – gemäss der Aargauer Steuerstrategie – jenem entsprechen, den der Kanton durch die Reform des Schätzungswesens mit dem höheren Eigenmietwert von 62 Prozent einnimmt. Laut Demarmels würden die 60 Reichsten im Aargau mit der Steuergesetzrevision gleich viel erhalten wie 60'000 Familien. Besonders stört sie, dass die Progression für Privatvermögen ab 1,2 Millionen Franken abgeschafft werden soll. «Superreiche dürfen sich über ein Steuergeschenk von über 100'000 Franken jährlich freuen.» Als Superreiche bezeichnet sie solche mit einem Vermögen von über 50 Millionen Franken.

«Mit Glück ein Zehnernötli pro Kind und Monat»

Die höheren Kinderabzüge, die Teil der Revision sind, würden dieses Steuergeschenk verschleiern, kritisiert Demarmels. «Der Effekt davon beträgt mit etwas Glück ein Zehnernötli pro Kind und Monat.»

Das Nein-Komitee will die rund 80 Millionen Franken anderweitig einsetzen: Familien entlasten oder in Schulen und erneuerbare Energien investieren, wie Grünen-Grossrätin Mirjam Kosch ausführte. «Der Aargau braucht eine flächendeckende, bezahlbare Kinderbetreuung und mehr Tagesschulen», nannte sie ein Beispiel. Ein weiteres: «Alle Gebäude des Kantons sollen künftig mit erneuerbaren Energien betrieben und mit Solarstrom versorgt werden.» Kosch warnte vor tieferen Steuereinnahmen für die Gemeinden als Folge der Steuergesetzrevision.

EVP-Grossrat Uriel Seibert warnte vor den Folgen für Hauseigentümer, auch wegen der Reform des Schätzungswesens: «Während nur rund 18 Prozent der Besitzenden von Wohneigentum von der Reform profitieren, bezahlt über die Hälfte danach mehr.»

Bei einem Ja zur Steuergesetzrevision könnte sich der Aargau im Steuerranking der Kantone von Platz 14 auf 11 verbessern. Seibert quittiert das mit Ironie: «Ein Gewaltsprung». Dieser werde kaum den Entscheid eines Reichen beeinflussen, in den Aargau zu ziehen. Andere Faktoren – Verbandelung zu Familie oder Firma oder besondere Wohnlagen – würden eine viel grössere Rolle spielen. Abgesehen davon: Um Steuern zu optimieren, würde es sich für Reiche auch nach einem Abstimmungs-Ja immer noch lohnen, in einen anderen Kanton wie Zug zu ziehen.

«Wohlstandsgefälle zu gross in der Schweiz»

Die Vorlage sei stossend und ein Hohn für die schwer arbeitenden Menschen im Aargau, sagte Selina Egger, Co-Geschäftsführerin von Arbeit Aargau: «6 Millionen Franken fliessen an die 60 reichsten Aargauerinnen und Aargauer. Dagegen profitieren 70 Prozent

Datum: 27.03.2025

Aargauer Zeitung

Aargauer Zeitung / Aarau-Lenzburg-Zofingen
5001 Aarau
058/ 200 58 58
https://www.aargauerzeitung.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages und Wochenendpresse
Auflage: 18'617
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 18
Fläche: 84'091 mm²

AIHK
Aargauische Industrie- und Handelskammer

Auftrag: 3013554
Themen-Nr.: 272003
Referenz:
0a99ae96-3d82-4c3d-82f3-3d5c47987800
Ausschnitt Seite: 2/2

Print

der Bevölkerung nicht von der Steuergesetzrevision.»

Egger verwies auf eine SRG-Umfrage von 2024. Das Wohlstandsgefälle in der Schweiz sei zu gross, fanden 79 Prozent der Befragten. 69 Prozent waren für höhere Steuern für Reiche. «Mit dieser Steuergesetzrevision politisiert der Kanton Aargau an den Bedürfnissen und Anliegen der Bevölkerung vorbei.»

Arbeit-Aargau-Co-Geschäftsführerin Selina Egger, Grünen-Grossrätin Mirjam Kosch, EVP-Grossrat Uriel Seibert und SP-Grossrätin Carol Demarmels machen sich für ein Nein am 18. Mai stark. Bild: Raphaël Dupain

Über 80 Personen im Ja-Komitee

Das Ja-Komitee für die Steuergesetzrevision zählt bereits 80 Personen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Gegründet haben es die Kantonalparteien von FDP, SVP, Die Mitte, GLP, EDU, Jungfreisinnige, Junge SVP, Junge Mitte und Junge GLP gemeinsam mit dem Aargauischen Gewerbeverband (AGV), der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) und dem Hauseigentümerverband Aargau. «Mit der Revision sollen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Kanton Aargau entlastet werden», schreibt das Komitee in einer Mitteilung. Angesichts der Finanzlage des Kantons mit über einer Milliarde Franken in der Reservekasse sei dies «mehr als angebracht». Das Komitee wirbt unter anderem mit einer Entlastung für Steuerzahler und Familien durch den höheren Abzugsbetrag für die Kinderbetreuung und höheren Kinderabzügen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Aargau hänge entscheidend von der Attraktivität der Rahmenbedingungen für Unternehmen ab. Der maximale Abzug für berufsorientierte Aus- und Weiterbildungskosten soll mit der Steuergesetzrevision deutlich erhöht werden. «Das macht Weiterbildungen attraktiver und wirkt dem Fachkräftemangel entgegen», schreibt das Komitee. *(az)*